

# Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebenzeilen 40 Pfg. — Ausland 50 Pfg.  
Die viergespaltene Werbefläche 2 Mk. — Für Platzverträge Sonderpreis  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark,  
bei Vorverkauf 1.75 bezw. 7.—

Nr. 89

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petzikaner Straße 86

2. Jahrgang

## Die Frage der Landung der Armee Haller in Danzig.

Das Ultimatum Rudants und die deutsche  
Antwort.

Wir haben bereits gemeldet, daß in der Frage  
des Durchmarsches der Armee Haller durch Dan-  
zig ein Notenwechsel zwischen Rudant und Er-  
zberger stattgefunden hat. Das Wolffbüro bringt  
den Wortlaut dieser Note.

Am 26. März abends ging dem Vorsitzenden  
der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa  
folgende Note des französischen Vorsitzenden, des  
Generals Rudant, zu:

„In Übereinstimmung mit der Entscheidung  
des Obersten Kriegsrates der alliierten und asso-  
ziierten Regierungen wird General Rudant in  
Ausführung der Klausel 16 des Waffenstillstandes  
vom 11. November 1918 fordern, daß die  
Deutschen gestatten, daß die Armee des Ge-  
nerals Haller, welche ein Teil der  
alliierten Armeen ist, durch Danzig  
in Richtung auf Polen frei durchmarschiere  
mit dem Zweck, dort die Ordnung aufrecht zu  
erhalten. Die Deutschen werden sich weiterhin  
verpflichten, alle Einrichtungen für die vorüber-  
gehenden Einrichtungen jeder Art zu geben, die  
für die durch diesen Hafenplatz marschierenden  
Truppen notwendig sind. Jede Weigerung,  
diesen Forderungen zu entsprechen, wird als ein  
Bruch des Waffenstillstandes durch  
die Deutschen angesehen werden. Infolgedessen  
bitte ich Sie, von der deutschen Regierung die  
Befehlsmacht zu verlangen, die nötig ist, um die  
Art und Weise der Ausführung dringendst und  
auf Grund gegenseitigen Übereinkommens zu  
regeln.“

Die Antwortnote der deutschen Re-  
gierung wurde nach eingehender Beratung im  
Kabinett und unter Zuziehung der Parteiführer  
der Nationalversammlung fertiggestellt. Sie hat  
folgenden Wortlaut:

„Gemäß Artikel 16 des Waffenstillstands-  
vertrages vom 11. November 1918 hat sich die  
deutsche Regierung verpflichtet, den Alliierten  
freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur  
Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten  
des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren.  
Bei Abschluß dieses Vertrages gingen wir jeden-  
falls davon aus, daß es sich nur um freien  
Durchgang für alliierte Truppen han-  
deln könne, nicht aber um polnische.  
Die deutsche Regierung hat sich nicht verpflichtet,  
freien Zugang für eine polnische Armee über  
Danzig durch Westpreußen zu geben. In dieser  
Auffassung steht die deutsche Regierung sich bekräftigt  
durch die bekannten Vorverhandlungen bei der Ge-  
währung freien Geleits für den polnischen Mi-  
nisterpräsidenten Paderewski. Herr Paderewski  
hat unter großer Beilegung der gewählten Ge-  
freundschaft auf deutschem Boden in Polen das  
Zeichen zum Aufbruch und Bürgerkrieg gegeben.  
Bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918  
sagte er: „Wenn die polnischen Divisionen aus  
Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind,  
so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch  
werden.“ In der gesamten polnischen Öffentlich-  
keit wird auch die Armee Haller als polnische  
Armee bezeichnet. Seit dem Abschluß des Waf-  
fenstillstands vom 11. November 1918 hat sich  
indem die Gesamtlage in Polen, Westpreußen  
und Danzig völlig verändert. Es würde nach  
den bekannten Vorgängen in Polen durch eine  
Landung polnischer Truppen in Danzig die Ord-  
nung in Westpreußen aufs schwerste gefährdet  
werden. Niemand kann die Verantwortung über-  
nehmen, daß die polnische Minderheit in West-  
preußen ruhig bleibt, wenn die Armee Haller in  
Danzig landet. Nach den der deutschen Regierung  
täglich zugehenden zahlreichen Kundgebungen der  
deutschen Mehrheit in Westpreußen muß aber  
auch damit gerechnet werden, daß die deutsche  
Mehrheit gegenüber polnischen Angriffen ge-  
walttätigen Widerstand leisten wird. Heute herrscht  
in diesen Gebieten Ruhe und Sicherheit, wenn  
aber die geforderte Landung nach dem heutigen  
Stand der Dinge zum künftigen Kampfe  
in diesen Gebieten führt, so wird außer-  
dem die deutsche Ostfront gegen  
den russischen Bolschewismus gefährdet. Die ge-  
ringen deutschen Kräfte, welche die Sowjettruppen  
zurückhalten, hätten dann im Rücken gleichfalls  
den Feind und würden zwischen zwei Feuer ge-  
raten. Dem Bolschewismus ist dann der Weg

nach Westpreußen und Polen frei. Die deutsche  
Regierung kann nach eingehender Prüfung eine  
Maßnahme nicht verantworten, die ohne Schaffung  
ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im  
eigenen Land hervorrufen muß. Dagegen ist die  
deutsche Regierung nach wie vor bereit, die Lan-  
dung der Armee Haller in Stettin, Königs-  
berg, Memel oder Libau mit allen Mitteln  
zu erleichtern und dadurch die Absicht der Allii-  
erten, die Ordnung in Polen aufrechtzuerhalten,  
mit allen Kräften zu unterstützen. Die deutsche  
Regierung erklärt sich ausdrücklich bereit, alle  
Einrichtungen für die rasche Landung und die  
Durchreise der Armee Haller nach Polen zu ge-  
währen. Diese Wege führen auch eisenbahn-  
technisch schneller und ohne jede Störung der  
Lebensmittelzufuhr nach Polen zum Ziele. Um  
die in der Note von Marschall Foch gewünschte  
Befehlsmacht zur Regelung der Art und  
Weise der Ausführung der Landung auf Grund  
gegenseitigen Übereinkommens erteilen zu können,  
ersucht die deutsche Regierung um alsbaldige  
Mitteilung über folgende Punkte:

1. Zusammenlegung der Armeen des Generals  
Haller und Stärke derselben.
2. Zeitpunkt der  
Landung der Armee Haller.
3. Angabe der Zeit-  
dauer der Durchmarschierung der Armee Haller  
bis nach Polen.
4. Welche Gewähr können die  
alliierten und assoziierten Mächte dafür bieten,  
daß nicht die Armee des Generals Haller oder  
ein Teil derselben sich an politischen Kundgebun-  
gen oder an etwaigen Aufständen der polnischen  
Minderheit nach dem Vorgang bei der Anwe-  
senheit des polnischen Ministerpräsidenten Pade-  
rewski in Polen beteiligt oder solche mit Sicher-  
heit zu erwartenden bedauerlichen Ereignisse her-  
vorrufen?

gez. Reichsminister Erzberger“.

## Um Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 30. März.

Galizische Front: Bei Lemberg ist die  
Lage unverändert. Südlich der Bahnlinie Lem-  
berg-Przemysl schwache Tätigkeit der Ukrainer  
und Patrouillengefechte vor anseren Stellungen.  
In der Umgegend von Rowno Nisko wiesen un-  
sere Wachen einen Angriff der Ukrainer ab. Bei  
Komorowice besetzten unsere Abteilungen Dydo.  
Ukrainische Batterien beschoßen unsere Stellungen  
bei Wiszanka. Das Feuer unserer Artillerie ver-  
ursachte einen sich entwickelnden feindlichen Angriff  
auf Majdan (10 Kilometer südlich von Wi-  
szanka).

Wolhynische Front: Die durch frische  
Truppen verstärkten Ukrainer griffen erneut un-  
sere Stellungen am Stachod bei Swidwiti an.  
Im Gegenangriff warfen unsere Abteilungen den  
Feind über den Stachod zurück. Im Kampf  
zeichneten sich das 3. Bataillon des Kaiserlichen  
Infanterieregiments unter der Führung von  
Hauptmann Rogowski und einer der Bzige  
des 8. Feldartillerieregiments aus, dessen Führer,  
Unterleutnant Jalewski, in diesem Kampfe fiel.

Litauisch-weißrussische Front:  
Nach Kämpfen an der Dytwa verdrängten unsere  
Abteilungen den Feind in der Richtung auf Wida.  
Unsere Truppen besetzten die Brücken über den  
Njemen und der Dytwa bei Sielce, Domza und  
Wyt. Es wurden einige zehn Gefangene ge-  
macht, darunter der Führer eines der bolschewi-  
stischen Regimenter zusammen mit dem Stab.

In Vertretung des Generalstabschefs  
Haller, Oberst.

## Die Schuld am Weltkriege.

Der deutsche Vorschlag, nach dem die Frage  
der Schuld am Weltkrieg durch eine neutrale  
Kommission unter Benennung der Archi-  
vare aller beteiligten Mächte untersucht werden sollte,  
ist von der Entente abgelehnt worden. Die deutsche  
Regierung ist trotzdem entschlossen, die Verant-  
wortlichkeit der in Frage kommenden deutschen  
Persönlichkeiten durch einen Staatsgerichtshof fest-  
stellen zu lassen. Dieser Gedanke, der ursprünglich  
von verschiedenen Seiten bekämpft worden war,  
hat sich jetzt endgültig durchgesetzt.

Bereits im November 1918 hatte die deutsche  
Regierung durch Vermittlung der schweizerischen  
Regierung der Entente vorgeschlagen, zur Fest-  
stellung der Schuld am Kriege eine internationale  
Kommission einzusetzen, da eine Antwort auf diesen  
Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar  
wiederholt. Unter dem Datum des 7. März teilte

die schweizerische Regierung der deutschen Gesand-  
tschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen  
Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe:  
„Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß  
die Regierung Ihrer Majestät der Meinung ist,  
daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag  
irgendeine Antwort zu geben, da nach der Mei-  
nung der verbündeten Regierung die Verantwor-  
lichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzwei-  
felhaft festgestellt ist.“

Die deutsche Regierung hat daraufhin der  
schweizerischen Regierung durch die deutsche Ge-  
sandschaft in Bern folgende Note zustellen lassen:  
„In Beantwortung des Schreibens vom 7. März  
bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische  
politische Departement, durch Vermittlung der  
schweizerischen Gesandtschaft in London der briti-  
schen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß  
die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben  
der britischen Regierung wiedergegebene Auffas-  
sung der Alliierten nachdrücklich Verwahrung ein-  
legt. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird,  
der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neu-  
tralen Kommission zur Prüfung der Frage der  
Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil  
die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg  
längst unzweifelhaft festgestellt sei, so maßten sich  
die Alliierten an, Ankläger und Richter zugleich  
zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum  
Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutsch-  
land kann einen Urteilspruch in dieser Frage nur  
anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht,  
der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien  
zur Verfügung steht, und die in der Lage ist,  
die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen  
in voller Öffentlichkeit zu erheben.“

## Der revidierte Völkervertrag.

Präsident Wilson hat folgende Erklärung  
veröffentlicht:

Im Hinblick auf die sehr überraschende An-  
sicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint,  
daß es die Diskussionen der Kommission für den  
Völkervertrag sind, die die Endformulierung des  
Friedensvertrages verzögern, erlaube ich mir sehr  
gern die Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Beschlüsse  
dieser Kommission als erste der Plenarkonferenz  
vorgelegt wurden. Sie wurden am 14. Februar  
veröffentlicht, und die Welt selbst hatte einen  
Monat Zeit, um den damals vorgelegten Völk-  
bündentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen.  
Während der letzten Tage ist die Kommission be-  
müht gewesen, aus den Kritiken, die die Ver-  
öffentlichungen des Völkervertrages hervor-  
gerufen haben, Nutzen zu ziehen. Ein Komitee  
der Kommission hat auch den Vorschlag gehabt,  
eine Konferenz zwischen Vertretern der neutralen  
Nationen abzuhalten, die ein sehr tiefgehendes  
Interesse und den wohl einstimmigen Wunsch  
bezeugen, sich auf den Völkervertrag einzustellen.  
Der revidierte Völkervertrag ist  
jetzt so gut wie fertiggestellt. Er befindet  
sich in den Händen eines Komitees, das die Auf-  
gabe hat, den Entwurf fertigzustellen, und  
wird sogleich der Öffentlichkeit ein zweites Mal  
vorgelegt werden. Die Konferenzen der Kommission  
haben ausnahmslos zu Zeiten stattgefunden, wo  
sie auf die Beratungen derjenigen, die es auf sich  
genommen haben, die endgültigen Beschlüsse der  
Konferenz mit Rücksicht auf die vielen anderen  
komplizierten Friedensprobleme zu formulieren,  
nicht störend einwirken konnten, so daß die Mit-  
glieder der Kommission sich zu der Tatsache Glück  
wünschten, daß kein Teil ihrer Konferenzen je  
irgendeine Art von Verzögerung bewirkt hat.

## Die deutsch-französische Grenzfrage.

Paris, 30. März. (B. A. L. Havasdepesche.)  
Der Rat der Verbündeten prüfte die Frage der  
französisch-deutschen Grenzen. Frankreich verlangt  
die Wiederherstellung der Grenzen vom  
Jahre 1814 sowie das ganze Gebiet von  
Belgien. Der deutschen Bevölkerung wird politische  
Autonomie gegeben werden. Der Rhein bil-  
det die natürliche Grenze Frank-  
reichs, so daß die Deutschen auf dem linken  
Rheinufer weder Befestigungen noch strategische  
Bahnen haben werden.

Pariser Blätter melden, daß der Rat der Vier  
in sehr verständlichem Geiste die überaus ernste  
Frage beraten habe, die die deutschen Grenzen  
betreift. Man soll bereits zu Ergebnissen gelangt  
sein. Die territorialen Fragen, die mit der  
Sicherheit Frankreichs verbunden sind, wurden  
in befriedigender Weise gelöst.

## Reichstag.

(21. Sitzung.)

Die Sitzung wird um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnet.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Aussprache  
über den Wiederaufbau von Kalisch.

Abg. Kadzijewski begründet den Antrag.  
Die Verwüstung der Stadt Kalisch ist ein Ver-  
brechen, das in der Geschichte nicht seinesgleichen  
findet. Bei den durch Major Preußner verur-  
sachten Verwüstungen seien 1200 Menschen um-  
gekommen und 30 Prozent der Häuser vernichtet  
worden. Redner zitiert den Brief eines Vertre-  
ters der deutschen Behörde an den Warschauer  
Generalgouverneur, in dem die Schuld in dieser  
Angelegenheit dem Militär beigemessen wird.  
Redner führt weiter aus, daß Material zum Auf-  
bau vorhanden sei. Es gäbe dort auch viele  
Arbeitslose. Die Arbeiten haben schon während  
der deutschen Okkupation begonnen und das Ma-  
terial werde gegenwärtig. Der Wiederaufbau  
müsse auf Kosten der Deutschen geschehen. Den  
Geschädigten müsse ein vorläufiger Kredit ein-  
geräumt werden. In dem Antrag wird auch zum  
Wiederaufbau anderer vernichteter Städte und  
Städtchen des Landes aufgeföhrt. Der Antrag  
wird ohne Debatte angenommen. Auch ein An-  
trag betreffend die Jagiellonische Universität findet  
Annahme.

Sodann beantwortet Minister Pruchnik in  
längerer Rede die Interpellation des Abg. Kle-  
mentiewicz über die öffentlichen Arbeiten.  
Er weist darauf hin, daß besonders in den In-  
dustriezentren die Zahl der Arbeitslosen bedeu-  
tend sei. So zähle Warschau 80 000 Arbeitslose.  
Es werde geplant, einen Kanal zu bauen, der  
den Dnjepr mit der Oder verbinden soll. Auch  
in Lodz sei es schwierig Arbeit zu finden, ob-  
wohl dort die Verhältnisse günstiger seien. Der  
Bau einer Eisenbahn Lodz—Zgierz—Cenzyca—  
Rutno sei beschlossen. Die Regierung werde auch  
halb Arbeiten zum Wiederaufbau des Landes in  
Angriff nehmen lassen, ferner projektieren sie  
andere Kanäle, Hafenbauten und dgl.

Der Minister für Arbeitsschutz Jwanowski  
beantwortet die Interpellation des Abg. Szy-  
kowski in Sachen der Arbeitslosenunter-  
stützung. Anfangs wurden zur Unterstützung  
der Arbeitslosen 20 Millionen Mk. assigniert.  
Im Voranschlag für das gegenwärtige Jahr  
wurden zu diesem Zwecke 100 Millionen Mk. be-  
stimmt. Die Zahl der Arbeitslosen sei von 150 000  
auf 277 000 gewachsen, die mit ihren Familien  
830 000 Personen betragen. Es erhielten Unter-  
stützungen durch Vermittlung des Arbeitsmini-  
sters 240 000 Familien d. h. 625 000 Personen.  
Bereits Mitte Januar wäre es klar geworden,  
daß es unmöglich sei, diese hohen Ausgaben zu  
bestreiten, deshalb mußte der Voranschlag von  
100 Millionen auf 60 Millionen gekürzt werden.  
Der Kongreß der Kommissare für allgemeine För-  
derung stellte fest, daß die Auszahlung von Unter-  
stützungen unliebsame Folgen nach sich ziehe. In  
großen Städten konzentrierten sich Arbeitslose aus  
den Dörfern. Einige Kategorien von Arbeitern,  
die niedrig bezahlt wurden, wie die Hausbedienten,  
verließen ihre Stellungen. Der geringe Unter-  
schied zwischen dem Verdienst eines unqualifizierten  
Arbeiters von 10 Mk. und der Unterstützung von  
7 Mk. täglich konnte diese nicht zur Arbeit an-  
spornen. Deshalb beschloß der Kongreß, daß  
die Gelbunterstützungen durch Lebensmittelunter-  
stützungen ersetzt werden müssen und daß die  
Unterstützung bis auf 2 Mk. für die Person und  
5 Mk. für die Familie erniedrigt werden müsse.  
Was die Verspätung in der Auszahlung der  
Unterstützungen anbelangt, durch die hauptsächlich  
der Lodzer Bezirk verhärtet wurde, so sei sie  
durch den Geldmangel im Staatsfiskus hervor-  
gerufen worden, der vom 27. Januar bis zum  
17. Februar dauerte. Die Auszahlung der Unter-  
stützung habe aber nirgends aufgehört, sie sei nur  
zeitweilig in kleineren Raten erfolgt. Gegenwärtig  
ist bis auf eine Kleinigkeit alles nachgezahlt. Das  
radikalste Hilfsmittel wäre die Wiederbele-  
bung der Industrie. Wenn es uns gelänge  
Teile zu bekommen, könnten wir sofort die  
Hüttenindustrie in Betrieb setzen und die im Gen-  
schauer Bezirk gewonnenen Erze verarbeiten.  
Nach der Wiederbelebung der Metallindustrie  
kann man dann zum Bau der vernichteten Brücken,  
der Waggonen usw. schreiten. Ebenso ist auch von  
größter Wichtigkeit für unsere Industrie, daß wir  
Danzig erhalten. Wir könnten dann Kohle aus-  
führen und Rohstoffe einführen. Wir sind das

einziges Land auf der ganzen Erdoberfläche, das einen Überschuss an Kohle hat, aber das ist eben das tragische, wir können sie nicht exportieren. (Zurufe: Und außerdem frieren wir.) Vorläufig arbeitet das Ministerium für Arbeitsschutz im ständigen Kontakt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und verspricht jedem, dem es möglich ist, Arbeit.

An diese Antwort des Ministers schließt sich eine Kritik. Abg. Woszkiewicz weist darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen in Kongress-Polen bereits eine Million betrage und nur deshalb sei der Volkshunger eine drohende Gefahr. In Lodz sind 150.000 Arbeitslose und die öffentlichen Arbeiten beschäftigen davon nur 1000. Unter solchen Bedingungen müssen die Unterstellungen an erste Stelle treten. Man hätte diese nicht kürzen sollen. Die Verzögerung der Auszahlung der Unterstellungen und die Verdrängung von einer Woche auf die andere, müsse die Leute reizen. Man muß die Freude der kommunistischen Agitatoren gesehen haben, um zu verstehen, warum eine solche Taktik führen kann. Die Kürzung und Verzögerung der Auszahlungen habe in Lodz auch einen politischen Beigeschmack. Eine Woche vor den Wahlen in Lodz wurde erklärt, daß keine Unterstellungen ausbezahlt werden würden. Dasselbe Spiel wiederholte sich nach einem Monat, als die Wahlen der Stadtverordneten stattfanden. Der Sejm habe bis jetzt nichts für den Arbeiter getan. Zucker für Dienen und Dünger für die Landleute wurde bewilligt, aber zur Beförderung der Lage der Arbeiter wurde in diesen 8 Wochen nichts getan. Nur die Regierung wird sich am Ruder erhalten, die die Aufgabe der Arbeit und des Brotes lösen wird. (Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Montag.

## Lotales.

Lodz, den 31. März.

**Verhaftungen.** In Lodz traf gestern das Mitglied der amerikanischen Mission für Polen Major Ross zu Inspektionszwecken ein.

**Der Fuchsfangverein der St. Johannis-Gemeinde** veranstaltete Sonntagabend in feierlicher Weise in der Laworki-Strasse belegenem Vereinslokal für seine Mitglieder und deren Angehörigen einen Unterhaltungsabend, der zahlreich besucht war. Da das Lokal sehr entsprechend eingerichtet ist, konnten alle Besucher Platz finden. Hat es schon früher mit seinen zahlreichen elektrischen Lampen und seinem Schmuck einen sehr gefälligen Eindruck gemacht, so ist dies jetzt nach der gründlichen Aufräumung noch viel mehr der Fall. Daß der rührige Verein nicht nur das deutsche Lied, sondern auch die Geselligkeit zu pflegen versteht, bewies die geistige Veranstaltung, zu der es eine reichhaltige und gute Vortragsfolge vorbereitet hatte.

Der Abend wurde vom Vorstand Herrn Oskar Strauch mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet, worauf der jetzt aus über 60 Sängern bestehende Chor unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Alexander Färner stimmgewollte Lieder in vorzüglicher Weise vortrug. Auch die später von dem Chor noch vorgelegenen Lieder lösten bei den Zuhörern reichen und wohlverdienten Beifall aus. Der stets gern gehörte Herr Robert Schüttgen war mit einigen Gedichten auf. Einen künstlerischen Genuß boten die Vorträge des aus Cello, Klavier, Harmonium und zwei Violinen bestehenden Quintetts unter der Leitung des Herrn Färner. Viel Beifall erzielten Hr. Arndt und Herr Schulz mit einem Vortrag und Herr Holtmann als Gast. Die Gemütlichkeit hatte Wohnung genommen in den Räumen des „Johannisvereins“, so daß die Gäste auch nach Erschöpfung der Vortragsfolge bei Speise und Trank beisammen blieben. Beim Abschied wurde der rührige Vereinsleiter für die schönen Stunden Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Die erste Sitzung des neuen Magistrats. Heute findet die erste Sitzung des Magistrats in seinem neuen Saal statt.

**Die Schwester ermordet.** Vor einigen Tagen spielte sich im Dorfe Duz Byzyl bei Rogow in der Familie des Landmanns Kwiato ein tragisches Drama ab. Der Haussohn wollte von seiner Schwester Geld haben; sie verweigerte es ihm. Als sie abends von Bekannten nach Hause ging, erschlug der Wüterich sie aus Mord und legte ihre Leiche unter einen absteigenden Felsenbaum. Nach vollzogener Tat floh der entartete Bruder.

**3 1/2 Pfd. Weizenbrot, 2 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl, 2 Pfd. Roggenbrot.** Auf Anordnung des Verpflegungsministeriums gibt das Brot- und Mehlverteilungsamt bekannt, daß die Brotkarte der 99. Serie zum Erwerb folgender Lebensmittel berechtigt: 3 1/2 Pfd. Weizenbrot aus amerikanischem Mehl auf Grund des einpfündigen Maßabschnittes; 2 1/2 Pfd. amerikanisches Weizenmehl auf Grund des dreipfündigen Maßabschnittes; 2 Pfd. Kornbrot auf Grund der beiden zweipfündigen Abschnitte, für jeden Abschnitt ein Pfund; eines Pfundes Zucker für die Guckkarte. Der Abschnitt für ein halbes Pfund Brot ist ungültig.

**Arbeitererrat.** Die nächste Versammlung der Delegierten des Arbeiterrats wird am 3. April stattfinden.

**Haubüberfall.** Am Sonnabend um 9 Uhr abends, als der Besitzer einer Milchhandlung Eustach Markiewicz, sowie Frau und ein Dienstmädchen sich in der Wohnung in der Pjerska-Strasse 44 befanden und die 950 Mark nachzählten, die ihnen ein Kaufmann gebracht hatte, drangen 2 unbekannte mit Revolvern bewaffnete Personen in die Wohnung, von denen einer maskiert war. Sie verlangten Geld. Als sie die 950 Mark auf dem Tisch liegen sahen, nahmen sie das Geld an sich und forderten von Markiewicz noch mehr Geld. Inzwischen gelang es dem Dienstmädchen, welches die Banditen nicht bemerkt hatten, auf den Hof hinauszulaufen und Alarm zu schlagen. Die Banditen zogen es daher vor, zu flüchten. Vor Schreck fiel die Frau Markiewicz in Ohnmacht.

**Neuer Schnee.** Nachdem es ein paar Tage so ausgefallen hatte, als ob es doch noch Frühling werden wollte, ist jetzt neuer Schneefall eingetreten. Der starke Wind, der gestern tagsüber wehte, hat ihn hergetrieben. Da half auch der prächtige Frühlingsabend nicht, der gestern „ganz Lodz“ in die Petrikauer Straße lockte.

**Verhaftete Drückberger.** Wegen Nichtstellung zur Aushebung wurden Baruch Moritz, Benjamin Kohn und Abram Silberstein verhaftet.

**Kleine Nachrichten.** Vorgestern trank in der Pjerska-Strasse 31 eine Frau in Schilfdrückersche Station erteilt der Lebensmilde die erste Hilfe. — In der vorgestrigen Nacht drangen noch unermittelt gebliebene Diebe beim Kaufmann Moritz Puchmann in der Poludniowa-Str. 18 durch eine in der Decke gemachten Öffnung in das Warenlager ein und raubten Stoffe im Werte von 50.000 M.

## Theater und Konzerte.

**Thalia-Theater.** Uns wird geschrieben: Heute, abends 7 Uhr, wird Sudermanns „Seimat“ zum letzten Male zu 5 Einheitspreisen gegeben. „Magda“ — Adele Hartwig-Wassermann, Keller — Walter Wassermann. Am Dienstag, abends 7 Uhr, geht Goethes „Egmont“ zum 6. Male mit der berühmten Musik von Beethoven in Szene. Verkauft bis Dreifacher, Leitung des Musikdirektors Bronislaw Schulz. Zu beachten: Amphitheater, 2. Parterre, wird nur vorwärts von 11—12 Uhr verkauft, alle anderen Plätze in den übrigen Rassenstunden.

## Bereine und Versammlungen.

**Der neugegründete Verein der Musikfreunde** meitete bereits im Grand-Hotel (Eingang Krutkauer) ein eigenes Lokal.

**Leih- und Sparkassengesellschaft.** Gestern nachmittags 4 Uhr fand im eigenen Lokale, Gieniewicza-Str. 31, die Jahresgeneralversammlung der Repräsentanten der Gesellschaft statt. Sie wurde vom Vorsitzenden der Verwaltung, Herrn S. Klotz, eröffnet. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Herr Czeslaw Wojciechowski berufen. Herr Klotz verlas den Rechenschaftsbericht für 1918, welchem wir folgendes entnehmen: Die Gesellschaft machte keine Finanzgeschäfte, sie zog nur die rückständigen Darlehen und Zinsen ein. Das eingekassierte Geld wurde an die Später ausbezahlt. Mit den eingekassierten Zinsen wurde der Festbetrag vom vorigen Jahre (41.000 M.) getilgt. An Darlehen verblieben bei den Mitgliedern 788.085 Mbl., die Einlagen betragen 787.603 Mbl. Die Gesellschaft besitzt ein Grundstück, das einen Wert von 223.000 darstellt. Das Reservekapital in der Kasse des Reichsbank beträgt 12.287 Mbl., die Anteile der Mitglieder betragen 307.927 Mbl.

Der Jahresbericht sowie der Haushaltsplan für das laufende Jahr in der Höhe von etwa 140.000 M. wurde von der Generalversammlung bestätigt. Die Generalversammlung beschloß, an jedes Mitglied der Verwaltung und des Aufsichtsrates 15 M. für jede Sitzung ausbezahlen, was für das laufende Jahr gegen 3000 M. und für das vorige Jahr 2.000 M. ausmacht. Anstelle des zurückgetretenen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Rechtsanwalt Kijowski, des verstorbenen Mitgliedes des Rates Sawicki und des ausgeschiedenen Herrn Szymanski wurden die Herren Dr. Mittelschütz, Franciszek Prondowicz und A. Szymanski gewählt. Die ausgeschiedenen Mitglieder der Verwaltung S. Klotz, M. Mariewicz und Jan Janowski wurden wiedergewählt. In die Revisionskommission wurden die Herren St. Brzezinski, J. Feja und W. Stempowski berufen. Auf Antrag des Herrn Szymanski ernannte die Generalversammlung die Verwaltung aus den Mitteln der Gesellschaft 2000 M. an den Hilfsverein für den polnischen Soldaten auszuzahlen.

Der Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter hielt am Sonntag nachmittag in seinem Lokale in der Andzejka-Str. 19 eine Hauptversammlung seiner Mitglieder ab. Die Sitzung wurde um 3 Uhr von Herrn Jakob Rager mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Zum Leiter der Versammlung wurde einstimmig Herr Richard Schmitt gewählt, der zu Vizeleitern die Herren Adolf Müller und Ludwig Quirum und zum Schriftführer Herrn Leon Pulgrabia berief. Zunächst gelangte der Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. März 1914 bis 1. Februar 1918 zur Verlesung. Er wurde angenommen. Es wurde beschlossen, das gegenwärtige Vereinslokal bis auf weiteres zu behalten. Die hierauf vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden folgende Herren: zum Vorsitzenden des Vereins Jakob Rager; zum stellvertretenden Vorsitzenden Richard Schmitt; Kassierer Gustav Kordmann; Schriftführer Leon Pulgrabia; als Verwaltungsmitglieder Ludwig Rille, Julius Sodian, Albert Schreiner, Otto Janisch und Karl Köppler; in die Revisionskommission Ludwig Quirum, Bruno Meißner und Hermann Minor; als Witte Wilhelm Lange. Die Hauptversammlung beauftragte hierauf den von der Verwaltung in der Sitzung am 24. November v. J. gefassten Beschluß betreffend der Regelung der Beitragszahlungen. Ein Mitglied der ersten Stufe wird jetzt 1 Mark Einheitsbeitragsgebühr und 25 Pfg. wöchentlichen Beitrag zahlen und hierfür im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit 4 Mark Unterstützung wöchentlich erhalten; 2. Stufe: 2 Mark Einheitsbeitragsgebühr, 50 Pfg. wöchentlichen Beitrag und 6 Mark wöchentliche Unterstützung; 3. Stufe: 3 Mark Einheitsbeitragsgebühr, 75 Pfg. wöchentlichen Beitrag und 8 Mark wöchentliche Unterstützung; 4. Stufe: 4 Mark Einheitsbeitragsgebühr, 1 Mark wöchentlichen Beitrag und 12 Mark wöchentliche Unterstützung. Die Versammlung bewilligte die neu gewählte Verwaltung, zur Stärkung der Vereinsmittel Anteile zu 10 Mark auszugeben, die vom Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer zu unterzeichnen sind. Den Mitgliedern wurde bekannt gegeben, daß bei Nichtzahlung von drei Tagen in die Beerdigungsliste keine Unterstützung gewährt wird. Die Sitzung wurde hierauf um 4 1/2 Uhr geschlossen.

## Aus der Umgegend.

**Brzeziny. Kreisankleihe.** Der Kreistag hat beschlossen, bei der Regierung eine Anleihe von etwa 4 Millionen Mark zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten im Brzeziner Kreise aufzunehmen.

## Aus dem Reiche.

**Warschau. Kosciuszko-Denkmal.** Auf der am Sonntag stattgefundenen Kosciuszko-Feier teilte Herr Adolf Sulikowski mit, daß eine Reihe von Spendenaktionen 187.000 Mark zur Errichtung eines Kosciuszko-Denkmals in Warschau ergeben haben.

**Eisenbahnunglück.** Am Sonntag um 1/11 Uhr abends fuhr auf der Station Pomiechów von Mlawo ein Güterzug, trotz des Warnungssignals, mit Vollkraft durch und stieß an der Ausgangsweiche vor der Brücke auf den von Warschau kommenden Personenzug auf. Infolge des Zusammenstoßes wurde ein Schaffner des ersten Zuges, Josef Wesołowski, getötet. Schwere Verletzungen trugen davon: der Zugführer, der Wärter eines Beiwaggon sowie dreizehn Personen vom Lokomotiv- und Schaffnerpersonal. Von dem aus Mlawo kommenden Zuge, der die Katastrophe herbeigeführt hat, wurde die Lokomotive und mehrere Waggons beschädigt; von dem Warschauer Zuge wurden die Lokomotive und 15 beladene Güterwaggons zerschmettert. Auf einer ganzen Strecke wurde das Bahngleis und ein kleines gemauertes Häuschen zerstört. Die Verletzten wurden in das Militärhospital gebracht, Dekuten, die mit dem Warschauer Zuge fuhren, blieben unverletzt.

**Madon. Kampf zwischen Volksmiliz und Militär.** Aus amtlicher Quelle berichtet der „Głos Polski“: Auf der Station Jagodzina der Radomer Strals-Eisenbahn bemächtigten sich Mitglieder der Volksmiliz des Vermögens der Bahn. Aus Radom wurden der Gendarmerie zehn Soldaten zu Hilfe geschickt, die die Sachen zurückzunehmen und die Täter zur Verantwortung ziehen sollten. Am 26. d. M. traf in Demblin die Nachricht aus Jagodzina ein, daß dort aus Kozieniec 50 Volksmilizanten eingetroffen sind, um die Gendarmerie und die aus Demblin abgeschickten Soldaten zu entlassen. Auf diese Nachricht hin wurden auf einer Lokomotive weitere Verstärkungen nach Jagodzina geschickt. Der Führer dieser Hilfstuppe fand in Jagodzina die

Volksmiliz vor, die die Gendarmerie und Soldaten bereits entlassen hatte und einige von ihnen erschießen wollte. Als die Volksmiliz dem Militär gegenüber eine feindselige Haltung einnehmen drohte, stürmte dieses das in der Nähe der Station gelegene Dorf, in dem sich die Volksmiliz festgesetzt hatte. Nach einem heftigen Gefecht wurde das Dorf besetzt und die gefangenen Soldaten und Gendarmen befreit. 18 Volksmilizanten wurden entlassen und nach Demblin gebracht, wo sie wegen dem Anschlag auf das Militär dem Gericht übergeben wurden. Menschen sind diesem Vorfall zum Glück nicht zum Opfer gefallen.

**Wloclawek. Anschlag auf einen Eisenbahnzug.** Am 26. März gegen 3 Uhr nachmittags begann eine aus mehreren Personen bestehende Menschenmenge auf dem Bahnhofs nach Gütern und Mehl zu suchen. Aus einem Bagagewagen wurde ein Gefäß mitgenommen. Die Bahnwache entfernte die Menge. Gleichzeitig forderten die Arbeiterdelegierten, daß die Expedition die Einladung von Mehl in Paketen zu 25 Kgr. ausheben soll. Da man annahm, daß die Menge von neuem in den Bahnhof eindringen werde, wurde die Regierungskommission in Wloclawek um Hilfe gebeten.

## Letzte Nachrichten.

Noch keine Entscheidung in der Danziger Frage.

Paris, 30. März. (P. A. T. Havasdepesche.) „Temps“ schreibt, es scheint, daß die Regierungen der Verbündeten noch keine Entscheidung bezüglich Danzigs getroffen haben und auf genauere Einzelheiten über die in Spaa weiter stattfindenden Beratungen warten.

Wien, 30. März. (P. A. T.) Das Korrespondenzbüro meldet aus Weimar in der Frage der Landung der polnischen Truppen in Danzig: Marshall Foch richtete folgendes Telegramm an General Nibant: Da ich bisher keine Antwort in der Angelegenheit des Transports der polnischen Truppen über Danzig erhalten habe, beauftrage ich Sie, die deutsche Regierung zur Entsendung eines Bevollmächtigten nach Spaa aufzufordern, wo auch ich eintreffen werde. General von Hammerstein wird gebeten, möglichst schnell den Namen des Bevollmächtigten und den Tag, an dem dieser Bevollmächtigte sich nach Spaa begeben wird, zu nennen.

Der Mörder Jaurès freigesprochen.

Paris, 30. März. (P. A. T. Havasdepesche.) Das Geschworenengericht des Seine-Departements sprach den Mörder Jaurès frei.

Niederlage der Bolschewiki.

Paris, 29. März. (P. A. T. Havasdepesche.) Der Warschauer Station.) Aus Stockholm wird gemeldet: Aus Sibau ist eine Nachricht eingetroffen, daß Danzke besetzt worden ist. Die Bolschewiki haben große Verluste erlitten. 150 Bolschewiki mit ihrem Führer gerieten in Gefangenschaft. Nördlich von Mitau zogen sich die Bolschewiki auf Olai zurück. Beim Verlassen Mitaus führten die Bolschewiki etwa 1000 Einwohner, darunter Frauen und Kinder, mit sich, und zwar 700 Deutsche und 300 Letten. Bei Befreiung der Stadt töteten die Bolschewiki einige hundert Einwohner.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Hans Friebe, Lodz.

Druck: „Lobzer Freie Presse“, Petrikauer Straße 86.

## Thalia-Theater

Montag, den 31. März 1919: Abends 7 Uhr. Zum letzten Male! 5 Einheitspreise: Mk. 3, 2, 1, 50 u. 50 Pfg.

### „Seimat“

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Dienstag, den 1. April 1919: Abends 7 Uhr.

### „Egmont“

Tragödie in 13 Bildern von Goethe mit der Musik von Beethoven. Verkauft bis Dreifacher, Leitung: Musikdirektor Bronislaw Schulz.

In Vorbereitung:

### „Das Testament des Mr. Jogg“

(Reise um die Erde II. Teil) Stückverkauf täglich.

344



Schmerz erfüllt teilen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, am 27. März meine liebe Gattin, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwägerin, Schwester, Schwägerin, Tante, Kusine und Nichte

## Irma Lindemann geb. Poliwka

im Alter von 24 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet am Dienstag, den 1. April, um 2 1/2 Uhr nachm., vom städtischen Prospektorium, Jagajnikowa-Str. 2, aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

## Beschäftigungslose verdienen ihren Tagesunterhalt

leicht und reell durch Vertrieb leichtverfügbaren häuslichen Bedarfsartikels, Betriebskapital nur 20 Mark.

Zu erfragen: Wilejanskaja-Str. 21, Wohn. 40, von 1—3 Uhr nachm.

## Büro-Möbel

neu oder gebraucht zu kaufen gesucht. Offerten unter „A. K.“ an die Exped. d. Bl. abgeben.

### Alte Münzen

und Münzenammlung für Anfänger. Alaga 102, H. 11.

### Kolonial-Laden

Einrichtung zu verkaufen. 1012

Gumnastraße 27, H. 6.

## Plüschgarnitur

mit Bücherschrank und Tisch, sofort zu verkaufen. Wilejanskaja 160, Wohn. 9. Donnerstags zu besichtigen.

Zu verkaufen:

eine tolle Videobibliothek

## Schreib-Maschine

Wilejanskaja-Str. 78, H. 5, 5—8 Uhr nachmittags.

341

## Student

das Russ.-Deutsch-Institut erteilt Unterricht in Mathematik, russ. und französischer Sprache.

Petrikauer Straße 228, H. 9.